

Europa am Abgrund: Wie autoritäre Maßnahmen die Freiheit bedrohen!

Ein besorgniserregendes Muster der Repression in Europa zeigt sich durch Maßnahmen gegen pro-palästinensische Aktivitäten, insbesondere in den Niederlanden und Deutschland.

Amsterdam, Niederlande -

Ein alarmierendes Muster der Repression breitet sich in Europa aus!

Unter dem Vorwand, gegen pro-palästinensische Aktivitäten vorzugehen, schleicht sich der Autoritarismus in die europäischen Länder. Ein besonders aufschlussreicher Fall kommt aus den Niederlanden, wo die politische Elite im November die israelischen Fußballfans nach einem gewalttätigen Vorfall in Amsterdam schützte. Die Auseinandersetzungen mit den Anwohnern wurden von den Politikern verdreht dargestellt und als Vorwand genutzt, um Maßnahmen zu ergreifen, die gezielt gegen die muslimische Gemeinschaft gerichtet sind.

Die niederländische Regierung hat eine Reihe von Vorschlägen auf den Tisch gelegt, die darauf abzielen, duale Staatsbürger ihrer Pässe zu entziehen und Migranten ihre Aufenthaltsgenehmigungen zu entziehen, wenn sie als „antisemitisch“ gelten. In der gegenwärtigen politischen Atmosphäre kann fast jede Kritik an Israels Handlungen in Gaza als antisemitisch oder terroristisch eingestuft werden.

Die Schatten der Repression

Zu den weiteren Maßnahmen gehören das Verbot von sogenannten antisemitischen Organisationen, die als terroristische Einheiten eingestuft werden, sowie die Kriminalisierung der „Verherrlichung von Terrorismus“. Die palästinensische Unterstützungsorganisation Samidoun wurde bereits auf die Sanktionsliste gesetzt. Bisher hat die Regierung jedoch nur eine Maßnahme umgesetzt: die Einrichtung einer „Taskforce zur Bekämpfung von Antisemitismus“. Ob und wann die anderen Vorschläge in Kraft treten, bleibt abzuwarten.

Ein Blick nach Deutschland zeigt, dass diese Entwicklungen nicht isoliert sind. Die deutsche Regierung hat in den letzten 15 Monaten eine aggressive Linie verfolgt, die nicht nur Israel unterstützt, sondern auch muslimische, geflüchtete und migrantische Gemeinschaften kriminalisiert. Ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz, das im Juni verabschiedet wurde, verlangt von Antragstellern einen „Antisemitismus-Check“ und schließt diejenigen aus, die als „antisemitisch“ gelten oder nicht zu Deutschlands unbedingter Unterstützung für den israelischen Staat stehen. Ein einfaches „Gefällt mir“ auf einen sozialen Medienbeitrag, der Israel kritisiert, könnte bereits ausreichen, um die Staatsbürgerschaft zu verweigern.

Ein besorgniserregender Trend

Im Oktober verabschiedeten die deutschen Gesetzgeber neue Einwanderungspolitiken, die es dem Staat ermöglichen, den Flüchtlingsstatus von Personen zu widerrufen, die als „antisemitisch“ gelten. Zudem wurde im November eine Resolution verabschiedet, die sich gegen Einzelpersonen und Gruppen richtet, die Israel kritisieren. Diese Resolution, obwohl nicht bindend, könnte massive Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft haben, die stark auf staatliche Förderungen angewiesen ist.

Die Repression gegen palästinensische Solidaritätsgruppen in

Deutschland hat seit dem 7. Oktober 2023 zugenommen. Massive Polizeigewalt, Überwachung und das Einfrieren von Bankkonten sind nur einige der Maßnahmen, die ergriffen wurden. Menschenrechtsorganisationen schlagen Alarm und warnen vor einem autoritären Kurs, der die Meinungsfreiheit, das Versammlungsrecht und die Rechte von Asylsuchenden gefährdet.

In Frankreich und Großbritannien sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Ein Gesetzesentwurf in Frankreich könnte ausländischen Staatsbürgern, die wegen diskriminierender Handlungen verurteilt wurden, die Staatsbürgerschaft und den Aufenthalt verweigern. Im Vereinigten Königreich wurde eine neue Extremismusdefinition eingeführt, die es „extremistischen“ Gruppen verbietet, staatliche Förderungen zu erhalten.

Die öffentliche Reaktion auf diese autoritären Tendenzen bleibt besorgniserregend schwach. In den Niederlanden konzentrierte sich der öffentliche Aufschrei eher auf rassistische Äußerungen von Beamten als auf die repressiven Maßnahmen selbst. Obwohl es einige Widerstände gegen diskriminierende Vorschläge gab, bleibt die Mobilisierung gegen die anderen Maßnahmen aus.

Es ist entscheidend, dass Europäer verstehen, dass der Schutz der Meinungsfreiheit nicht nur Palästinenser und deren Unterstützer betrifft. Die Geschichte zeigt, dass Repression, die eine Gruppe betrifft, schnell auf andere ausgeweitet werden kann. Wir müssen fordern, dass unsere Regierungen das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen und gegen die Komplizenschaft Europas in der Gewalt gegen Palästinenser vorgehen.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Vorfall	Vandalismus
Ort	Amsterdam, Niederlande

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at